

**Abschlussbericht des Projekts #2535 auf
www.respekt.net
“Wir lassen uns die Zukunft nicht verbauen. Mit deiner Hilfe klagen wir.”**

Start Projektumsetzung: 28.03.2023

Ende Projektumsetzung: 31.12.2023

1. Abschlussbericht allgemein

Wer ist AllRise

Begonnen hat es mit dem brennenden Regenwald in Brasilien, den wir 2019 permanent im TV verfolgen konnten. Uns war das bekannt, aber nicht das Ausmaß. Und zu sehen, wie hilflos sich die Politik anstellt, hat uns dazu bewogen, etwas zu unternehmen. Um eine Verhaltensänderung herbeizuführen, braucht es Druck aus allen Richtungen auf die Verursacher. Wir brauchen die Straße, Technologie ebenso wie Bewusstseinsmachung und auch jene zur Verantwortung ziehen, die wissentlich aus Profitgier die Umwelt schädigen. Wir bedienen uns des Rechts, das uns die Verfassung und internationale Verträge zuspricht und klagen. Es ist ein Gebot der Stunde, dass sich die Zivilgesellschaft engagiert.

Mit der NGO AllRise entwickeln wir Klimaschutzklagen und wollen Personen, Unternehmen oder auch Staaten, die wissentlich die Umwelt schädigen oder Aktivitäten setzen, die diesen Schutz verhindern, juristisch zur Verantwortung ziehen.

Was können Klimaschutzklagen leisten

Klimaschutzklagen können unverhandelbare Entscheidungen herbeiführen, die das Gegenüber zwingen, sein Verhalten zu verändern, Gesetze zu erlassen, bzw. diese einhalten und vollziehen etc. Bei Erfolg sind sie für den Beklagten teuer. Kosten sind mit das beste Druckmittel, um eine Verhaltensänderung zu erzwingen. Solche Urteile haben auch eine abschreckende Wirkung auf andere. Haben wir mit Bolsonaro Erfolg, werden sich andere Politiker genau überlegen, was sie tun, um nicht ähnliches zu erfahren. In Zeiten der Transparenz durch die (sozialen) Medien können sich solche Klimaklagen auch zu einem PR-Desaster entwickeln. Wir können somit auch über Kampagnen Druck ausüben. Wir dürfen etwas nicht vergessen: Die 1 Million Personen, die unsere beiden Petitionen zu Bolsonaro unterschrieben haben, sind auch Konsumenten und Wähler. Wird unsere Klage nicht weiterverfolgt, zeigt diese die Lücken des internationalen Rechts verstärkt auf, sodass Initiativen, wie z.B. der Einführung des Ökozid als neuen Straftatbestandes, gestärkt werden.

Welche Rolle spielt die Politik

Wir brauchen Veränderung. Und ja, die Politik sollte handeln. Aber sie tut es nicht bzw. ungenügend. Die Politik ist nicht ehrlich und vermeidet das Wort Verbote und propagiert die Freiwilligkeit. Es braucht von all dem alles. Aber ohne Verzicht wird es nicht gehen. Und da die Politik nicht liefert, bemühen wir die Gerichte, jene Entscheidungen zu liefern, um den Gesetzgeber zu zwingen, nachzuschärfen. Bundesministerin Leonore Gewessler hat anlässlich unserer Klage-Ankündigung gegen die Republik Österreich Ende März gesagt: “Hätten wir eine verbindliche Bodenschutzstrategie, dann bräuchte es solche Klagen nicht.”

Wir bemerken, dass die Stimmung zum Klimawandel kippt. Es war vergleichsweise einfach, 2015 in Paris Ziele festzulegen. Acht Jahre später wissen wir, dass Maßnahmen viel zu langsam ergriffen werden und müssen feststellen, dass das Erreichen der Ziele mit jedem Tag mehr in weite Ferne rückt.

Die Herausforderung der Umsetzung notwendiger Maßnahmen zeigt, wie groß der Widerstand vieler Menschen gegenüber Veränderung ist. Es geht um den Alltag der Mehrheit, um Symbole des Wohlstands. Das Auto, das Steak uvm.. Und da verstehen die meisten keinen Spaß. Beim Klimaschutz geht es nicht nur um wissenschaftliche Fakten. Es geht auch um Mehrheiten. Um Macht. Und da sind wir in der Politik. Wenn der Kopf des Fisches stinkt, dann fault der Rest. Wenn die Politik nun davon abgeht, dann versteht das die Bevölkerung als Signal. Klimaschutzaklagen sind unangenehm und wir erreichen damit die Bevölkerung, die wiederum Druck ausübt. Manche werden gewonnen, manche werden verloren. Aber die Politik wird sich dem nicht mehr entziehen können und dann reagieren müssen. So unsere Hoffnung. So auch unsere Pflicht als Teil der Zivilgesellschaft.

Einige Fakten

- Die Umweltkrisen durch Bodenverbrauch, Ressourcenschwund und Biodiversitätsverlust werden sich weiter zuspitzen und die Klimakrise beschleunigen. Daher braucht es einen Wandel hin zu einem intelligenteren Wirtschaftsdenken. Der Wohlstand einer Volkswirtschaft kann nicht nur an der Kennzahl des Bruttoinlandsprodukts, sondern auch am Erhalt unseres Naturkapitals wie Boden, Luft oder Wasser gemessen werden.
- Neue Berechnungen der Österreichischen Energieagentur (AEA) haben erstmals die nötigen Anstrengungen zur Einhaltung der neuen EU-Klimaziele auf alle österreichischen Bundesländer heruntergebrochen. Jedes Bundesland sollte in den kommenden sieben Jahren seine CO₂-Emissionen um 48 % reduzieren. Entscheidend sei, ausreichend Treibhausgase in den einzelnen Sektoren Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft u.a. einzusparen. Nur so sei auch der Pfad für ein klimaneutrales Österreich 2040 erreichbar.
- Während wir beispielsweise in Wien in den 80er, 90er Jahren jährlich noch ca. 10 Hitzetage, also Tage mit mehr als 30 °C hatten, sind es jetzt knapp 30 Hitzetage pro Jahr, also das Dreifache.
- Spürbar ist die Erderwärmung aber auch an den zunehmenden Wetterextremen, die auch die Landwirtschaft unmittelbar treffen. Sie nehmen an Häufigkeit und Intensität zu: Hagel, Sturm, Überschwemmung, Frost und vor allem die Trockenheit – diese Wetterrisiken schweben wie ein Damoklesschwert jährlich über der Landwirtschaft und führen zu massiven Ernteausfällen.

Ausgangslage

- Uns stehen lediglich 37,3 % des Bodens zur Verfügung, etwas weniger als die Fläche von Oberösterreich, Niederösterreich und Wien zusammen – der sogenannte Dauersiedlungsraum. Im Schnitt der letzten drei Jahre lag der Wert beim Bodenverbrauch bei 41 km², einer Fläche in etwa der Größe von Eisenstadt - deutlich entfernt von dem im Regierungsprogramm angestrebten Zielwert von 9 km² jährlich bzw. 2,5 Hektar täglich. Fast ein Fünftel der bewohnbaren oder landwirtschaftlich geeigneten Fläche Österreichs ist bereits verbaut. Insgesamt beträgt die verbaute Fläche 572.900 Hektar, was wiederum mehr als der doppelten Fläche Vorarlbergs entspricht. Allein im Jahr 2019 wurden insgesamt rund 4.800 Hektar verbraucht, folglich im Schnitt rund 13 Hektar pro Tag oder fast 100 Quadratmeter pro Minute. Die Statistik Austria hat erhoben, dass die Flächenversiegelung mit 26,6 % im gesamten Beobachtungszeitraum der Jahre 2001 bis 2019 deutlich schneller wuchs als die österreichische Bevölkerung. Das passt nicht mehr.
- Die Folgen für Mensch, Tier und Natur sind verheerend. Das Versiegeln von Böden hat schlimme Folgen - ökologische, aber auch wirtschaftliche. Die durch den Klimawandel bedingten immer extremer ausfallenden Hochwasser und Überflutungen, Hitzeperioden und Stürme betreffen uns schon jetzt. Die Erderwärmung wirkt sich auch auf die Ernährungssicherheit aus. Die leeren Gemüse- und Obstregale in Großbritannien zeigen uns, dass die Eigenversorgung eines Landes ein wichtiges Sicherheitsthema ist.

Ein Land mit immer weniger Selbstversorgung macht sich von Importen abhängig und wird dadurch sehr verletzlich. Wir haben schon jetzt bei vielen Lebens- und Futtermitteln einen niedrigen Selbstversorgungsgrad, beispielsweise bei Getreide von 94 %, bei Gemüse von 58 %, bei Obst von 48 % und bei Soja von 34 %. In Österreich werden jährlich Böden im Ausmaß von rund 41 km² für Wohnen, Gewerbe, Industrie und Freizeit in Anspruch genommen und somit der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Dieser Produktionsverlust entspricht dem jährlichen Nahrungsbedarf von etwa 20.000 Personen. Die Gefährdung der biologischen Vielfalt ist ein weiteres Thema, das uns idS beschäftigen muss.

- Flächeneffiziente Entwicklungen durch verschiedene öffentliche und private Planungsträger werden nicht monetär belohnt. Oft wird eine flächenzehrende Raumentwicklung durch den Finanzausgleich und die damit verbundenen Möglichkeiten, für die Gemeinden aus Ertragsanteilen und Kommunalsteuern Einkommen zu lukrieren, sogar befördert. Viele Fehlentwicklungen basieren darauf, dass gewidmetes Bauland nicht verfügbar ist. Es wird von den Grundeigentümer*innen aus verschiedensten Gründen nicht genutzt. Leerstand kostet nichts. Das muss sich ändern. Bereits im derzeitigen Rechtssystem wäre eine wirksame Reduktion der Flächeninanspruchnahme in der nominellen Raumplanung möglich, wenn den Gemeinden durch eine engagierte Regionalplanung Siedlungsgrenzen gesetzt werden. Zum Erreichen des "Netto-Null-Flächenverbrauchs bis 2050 der EU-Bodenstrategie" beitragen würde eine gesetzliche Regelung, die besagt, dass jede Neuwidmung von Bauland mit einer Rückwidmung in Grünland an anderer Stelle einhergehen muss. Die Raumordnungen müssen so angepasst werden, dass Bodenversiegelung vermindert, Leerstand bekämpft und alte Gebäude wiederverwendet / saniert werden.

Beschreibung zur Umsetzung des Projekts

- Das Problem Bodenverbrauch und Flächenversiegelung ist Jahrzehnte alt und hat gezeigt, dass es auf parlamentarischer Ebene nicht gelöst werden kann/will. Aus diesem Grund haben wir nun den juristischen Weg gewählt.
- Wir haben am 4. Mai 2023 eine sogenannte Staatshaftungsklage gegen die Republik Österreich sowie die beiden Bundesländer Nieder- und Oberösterreich beim österreichischen Verfassungsgericht eingereicht. Diese Klage ist eine aus dem Europarecht abgeleitete Schadenersatzklage für ein Fehlverhalten des Gesetzgebers. Die Republik haftet für Schäden, die sie den Bürgern durch Missachtung des EU-Rechts zufügen. Voraussetzung einer Staatshaftung ist es, dass es durch das Verhalten von Organen eines Mitgliedstaates zur Verletzung einer unionsrechtlichen Norm gekommen ist, die bezweckt, dem Einzelnen Rechte zu verleihen, und dass ein unmittelbarer Kausalzusammenhang zwischen diesem Verstoß und dem Schaden besteht, der dem Einzelnen entstanden ist. Klagbar sind folglich neben Leistungsansprüchen auch Feststellungsansprüche für drohende zukünftige Schäden. So geht der Rechnungshof etwa in seinem Bericht "Klimaschutz in Österreich" im Verpflichtungszeitraum 2021 - 2030 davon aus, dass Ausgaben in Höhe von rd. 4,607 Mrd. EUR bis rd. 9,214 Mrd. EUR für den Ankauf von Emissionszertifikaten anderer EU-Mitgliedsstaaten entstehen werden.

Ziele des Projekts

- Das Ziel der Staatshaftungsklage ist es, die Politik zu einer aktiven Eindämmung des Bodenverbrauchs zu bewegen. Wenn der VfGH der Staatshaftungsklage stattgibt, so müssen der Bund und die Länder die Rechtslage entsprechend anpassen, damit sie sich nicht weiteren, auch zukünftigen Haftungen aussetzen. Daher haben wir diese Staatshaftungsklage beim VfGH eingereicht, um den Diskurs zu befördern, die Gesellschaft und die Politik wachzurütteln, und bei einem positiven Urteil den Staat zu zwingen, gesetzliche Rahmenbedingungen zu ändern.
- Die von AllRise eingereichte Staatshaftungsklage wurde am 9. Juni 2023 vom Verfassungsgerichtshof angenommen und an die beklagten Parteien übermittelt, verbunden mit der Auflage an die 3 beklagten Parteien, bis August 2023 eine Gendarstellung abzugeben.

- Nach Eintreffen dieser Gegendarstellung haben wir am 19. September 2023 eine Replik beim Verfassungsgerichtshof (VfGH) eingereicht, die unsere Sicht auf diese Gegendarstellungen widerspiegelte. Ziel war es, den VfGH darüber zu informieren, dass diese Gegendarstellungen als „unrichtig und unsubstantiiert“ bestritten werden.
- Wir haben am 19. September 2023 unsere Replik im Rahmen eines Pressegesprächs erläutert - siehe [hier](#).
- Es liegt nun beim VfGH, darüber zu entscheiden, ob der Klage Recht gegeben, diese abgelehnt oder dem Europäischen Gerichtshof vorgelegt wird.

Danksagungen

AllRise möchte sich bei vielen bedanken, wie z.B. Wolfram Proksch und Theresa Stachowitz vom ETHOS Team, die diese Klage juristisch entwickelt haben. Bei Kathi Stoisser von Ecker & Partner für die gesamte Kommunikation, bei Nicolas Entrup, der mit seiner Erfahrung wesentlich zum Erfolg der Kampagne beigetragen hat, bei Christian Witternigg für die Website, bei Prof. Kromp-Kolb und Franz Essl, die uns als wissenschaftliche Experten auf diesem Weg begleitet haben, usw. Weiters ein großes Danke an die Spender der respekt.net Community, wodurch ein Großteil der angefallenen Kosten abgedeckt werden konnte. Ein Dankeschön auch an die inzwischen über 180 Personen, die ihre Ansprüche gegen die beklagten Parteien an AllRise übertragen haben, damit wir als Organisation diese Klage einreichen konnten. Weiters ein Danke an alle Personen, die uns Videos geschickt haben, um sie auf unseren Social Media Kanälen zu teilen, um so ein Statement zu setzen. Besonders dankbar sind wir auch über 140 Zuschriften, die uns erreicht haben, geschickt von interessierten und engagierten Bürger:innen, um auf Missstände in ihrer Gemeinde aufmerksam zu machen. Das Volumen sprengt etwas unsere Kapazitäten, aber wir bleiben dran.

2. Welchen gesellschaftspolitischen Zweck hat das Projekt erfüllt?

Vorausschicken muss man, dass dieses Projekt bzw. das Anliegen dahinter auch nach einem Urteil oder einer Stellungnahme des Verfassungsgerichts weiterlaufen wird. Der Gesetzgeber muss die Gesetze anpassen und das wird dauern. Daher braucht es stetigen Druck auf die Entscheidungsträger, um diesen Prozess zu beschleunigen.

Gesellschaftspolitisch verbinden wir mit unserer Arbeit und dieser Klage unterschiedliche Anliegen:

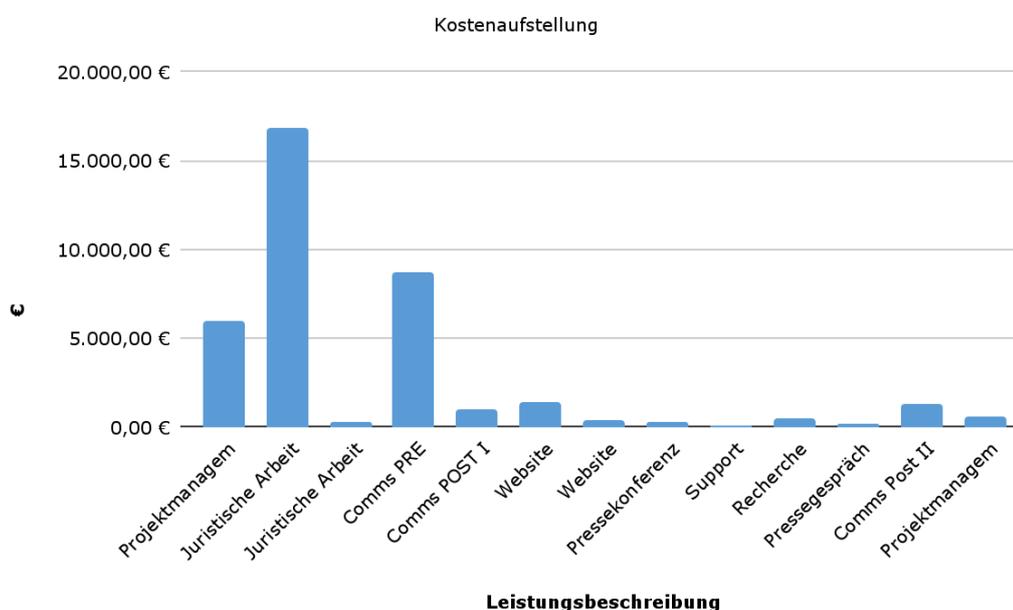
- Wir sehen eine weltweite Ohnmacht dahingehend, dass wir als Individuum oft keine Möglichkeit sehen (können) sich zu engagieren. "Bringt ja eh nichts" sind Sätze, die wir immer wieder hören. Die (Crowdfunding) Kampagne hat gezeigt, dass wir mit dem Anliegen, den Flächenverbrauch zu reduzieren, vielen aus dem Herzen gesprochen und diesen Personen eine Plattform geboten haben, das zu artikulieren (Zuschriften zu Bauvorhaben in ihren Gemeinden) oder direkt zu unterstützen (Spende).
- Die Botschaft ist klar: Wir als Zivilgesellschaft haben ebenso eine Verantwortung, wie jene Politiker, die wir wählen. Wir müssen gesellschaftspolitische Fragen mittragen, darüber diskutieren und gegen Missstände auftreten. Fragen zum Klimaschutz sind drängender denn je.
- Die Annahme der Klage durch den Verfassungsgerichtshof zeigt, dass der juristische Weg möglich ist. Das ist auch ein alarmierendes Signal an jene, die wissentlich die Umwelt schädigen oder Maßnahmen zum Schutz unterlassen. Dadurch ist auch eine Form der Nachhaltigkeit gegeben, da es weitere solcher Klimaschutzklagen geben wird.
- Am Ende wollen wir der Gesellschaft Mut machen, dass Projekte dieser Art tatsächlich Änderungen herbeiführen können, dass wir als Zivilgesellschaft ein durch die Verfassung verbrieftes Recht haben, uns für ein gesellschaftliches Interesse einzusetzen.
- Durch die mediale Berichterstattung, die eigene Kampagnisierung über Social Media, Interviews und Podcasts konnten wir in ganz Österreich in allen Gesellschaftsschichten 10.000e Personen erreichen.

3. Wie waren Reaktionen anderer zu diesem Projekt?

- Über 180 Personen haben ihre Ansprüche gegen die beklagten Parteien an AllRise übertragen, damit wir als Organisation diese Klage einreichen konnten. Bundesministerin Gewessler hat ebenso auf unsere Klage-Ankündigung Ende März reagiert, wie auch die Kärntner Landesregierung.
- 64 Artikel in Zeitungen (Print- & Online, 2 Falter Newsletter) und 10+ TV-Beiträge haben ausschließlich positiv über unsere Klage berichtet. In 5 Radiointerviews sowie 4 Podcast Sendungen konnten wir unsere Sicht der Dinge artikulieren.
- In unzähligen Postings auf allen herkömmlichen Kanälen haben wir auf diese Klage und unser Anliegen aufmerksam gemacht. Es gab keine einzige negative Reaktion darauf.
- Wir haben über 186 Zuschriften erhalten, die uns auf Missstände in ihrer Gemeinde aufmerksam gemacht haben.

4. Wofür wurde das gespendete Geld konkret ausgegeben?

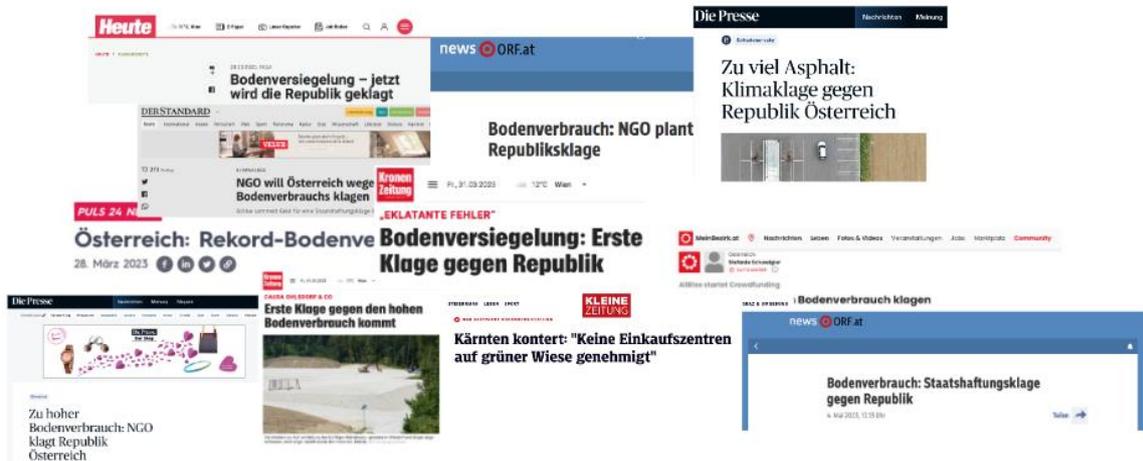
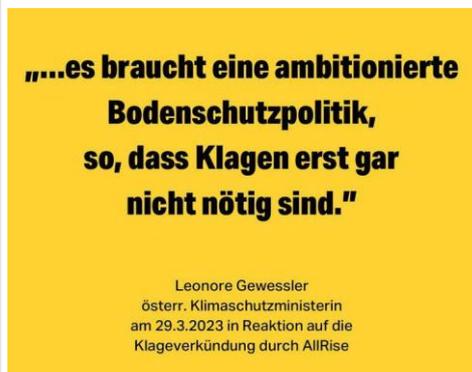
- Übersicht der über die Spenden finanzierte Kosten:



- Wir weisen darauf hin, dass die Kostenaufstellung sowie die entsprechenden Belege im Abschluss-PDF dargestellt sind.
- Per heutigem Datum (siehe unten) fassen wir die €-Beträge wie folgt zusammen:
 - Finanzierungsziel: €37.381 (€40.000, abzüglich der [respekt.net](https://www.respekt.net) Gebühr)
 - Ausgaben: €37.514,34
 - Abweichung: - € 133,34 (-0,36%)

Wien, am 07. November 2023

Bilder



Einige Pressemitteilungen:

Der Standard Newsletter	https://click.dst.at/u/gm.php?prm=QYi0HKzwmT_756791571_5321356_1386&esuh=11_d80b0cd2560b2c823c2e4055f2ff70958d7e9ed89017380478454e750e9c0f0d
Falter Newsletter II	https://newsletter.falter.at/ny6GY3oc6BNoTO
Krone OÖ	https://www.krone.at/2984780
Die Presse	NGO gegen die Republik: Klage wegen Bodenverbrauchs vor dem VfGH
APA	Bodenverbrauch - NGO-Staatshaftungsklage von VfGH angenommen
ORF AT	https://orf.at/stories/3315000/
ORF OÖ	https://tvthek.orf.at/profile/Oberoesterreich-heute/70016/Oberoesterreich-heute/14182622/Bodenverbrauch-zu-hoch/15411815
Salzburger Nachrichten	https://www.sn.at/panorama/oesterreich/ngo-reicht-wegen-bodenverbrauchs-staatshaftungsklage-ein-138204079
Tips OÖ	https://www.tips.at/nachrichten/ooe/wirtschaft-politik/603788-republik-und-die-bundeslaender-oberoesterreich-und-niederoesterreich-wegen-bodenverbrauchs-angeklagt
News	https://www.news.at/a/ngo-bodenverbrauchs-staatshaftungsklage-13014887
Mein Bezirk	https://www.meinbezirk.at/c-politik/ngo-reicht-wegen-bodenverbrauchs-staatshaftungsklage-ein_a6026886
Die Presse	https://www.diepresse.com/6283665/zu-hoher-bodenverbrauch-ngo-klagt-republik-oesterreich
Der Standard	https://www.derstandard.at/story/2000146114555/ngo-will-republik-oesterreich-wegen-hohen-bodenverbrauchs-klagen
Kronen Zeitung	https://www.krone.at/2997968
Der Brutkasten	https://brutkasten.com/artikel/bodenschutz-die-ngo-allrise-reicht-klage-gegen-die-republik-oesterreich-ein
Datum	https://datum.at/ein-fall-fuer-zwei/
Ö1 Klima-Newsletter	https://newsletter.extra.orf.at/viewOnline.php?nliD=3439&encID=UzEHPwY0DzdVYAhqBjYLMi4iUn8CdQ42UzAHZlc3BGVXMVRvUnQCLg8qCT4CbA/3D/3D